

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics

Deutsche Konjunktur: Starkes Winterhalbjahr und weiter robuste Dynamik



Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in Deutschland im Jahr 2014 wieder spürbar ausgeweitet worden, insbesondere dank einer Belebung der Investitionstätigkeit und des privaten Konsums. Im Winterhalbjahr 2014/2015 dürfte der Produktionsanstieg besonders kräftig ausfallen. Auch wenn das Expansionstempo im weiteren Jahresverlauf wieder etwas abflacht, sprechen günstige Rahmenbedingungen wie gesunkene Energiekosten und sehr niedrige Finanzierungskosten für eine gute Konjunktur in den Jahren 2015 und 2016. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2015 um 2,0% zulegen (66%-Prognoseintervall: 1,6% bis 2,5%).

Konjunktur aktuell

2/2015

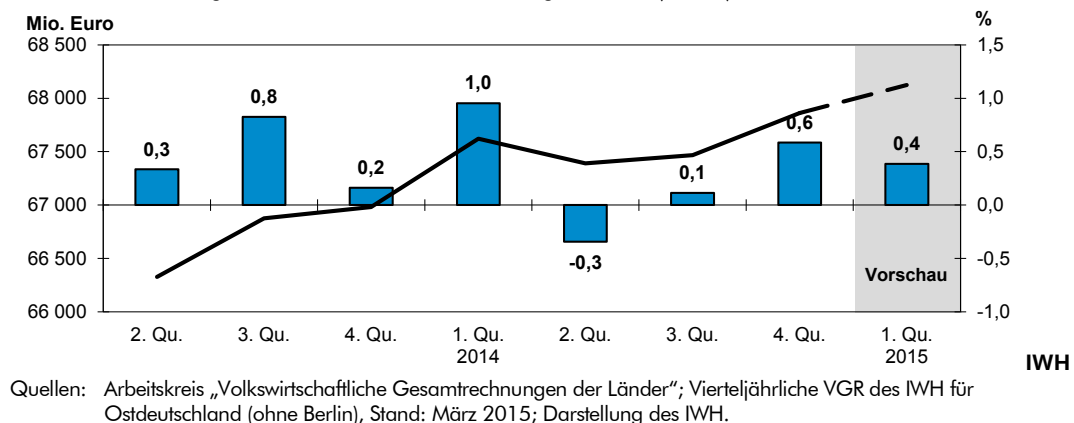
19. März 2015

3. Jahrgang

Inlandskonjunktur regt ostdeutsche Produktion an

Die Produktions- und Dienstleistungsstandorte in den Neuen Bundesländern profitieren sichtlich von der anziehenden Konsum- und Investitionskonjunktur der deutschen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Finanzierungs- und Versicherungsektors sowie des Verkehrsgewerbes ist die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal 2014 in allen Bereichen der privaten Wirtschaft gestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich – saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren – wie in den Alten Bundesländern gegenüber dem dritten Vierteljahr um 0,6% und damit deutlich stärker als im Dezember zunächst geschätzt. Gegenüber dem Vorjahresquartal kletterte der Zuwachs auf 1,4%. Im Durchschnitt des Jahres 2014 wuchs die gesamtwirtschaftliche Produktion – nach der neuen Schätzung des IWH – um 1,5% und somit nur wenig schwächer als in Westdeutschland.

Abbildung:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %
verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf (BV 4.1)



Kräftig expandierte die Produktion – wie bereits im Quartal zuvor – in der Industrie. Allerdings kamen die konjunkturellen Impulse aus dem Inland hier nicht allen Güterbereichen zugute. Während die Produzenten von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen sowie von langlebigen Konsumgütern und deren Zulieferindustrien auf hohe Umsatzzuwächse im Schlussquartal verweisen können, waren die Umsätze der Verbrauchsgüterproduzenten im Inland erneut rückläufig. Dagegen stiegen deren Auslandsumsätze, sodass dieser Bereich, der stark vom Ernährungsgewerbe geprägt wird, insgesamt ein Umsatzplus erreichte. Einen solchen Erfolg im Ausland konnte die größte Produzentengruppe der ostdeutschen Industrie, die Hersteller von Vorleistungsgütern, nicht verbuchen. Sie erzielte dort deutlich weniger Verkaufserlöse als zuvor. Die Investitions- und die Gebrauchsgüterproduzenten konnten hingegen auch im Ausland ihren Absatz steigern.

Das ostdeutsche Baugewerbe profitierte zum Jahresende ebenfalls von der anziehenden Investitionskonjunktur. Allerdings fielen die Nachfrageimpulse nach neuen Hoch- und Tiefbauten im Osten weniger stark als im Westen aus. Der Umsatz und die Wertschöpfung sind nach einem halben Jahr rückläufiger Entwicklung gegenüber dem Vorquartal gestiegen.

Die Konsum- und Investitionskonjunktur stimulierte nicht nur die Herstellung von Industriegütern und Bauleistungen, sondern auch den Handel und das Gastgewerbe sowie die Immobilienwirtschaft und die Unternehmensdienstleister. Im Bereich Information und Kommunikation hat sich die Expansion verlangsamt, Verkehr und Lagerei mussten, wie auch die Finanz- und Versicherungswirtschaft, Rückgänge an Wertschöpfung hinnehmen. Von den öffentlichen Dienstleistern gingen erneut keine belebenden Impulse auf die Konjunktur aus.

Für die ersten Monate des Jahres 2015 deuten die vorlaufenden Konjunkturindikatoren auf eine Fortsetzung des Leistungsanstiegs der ostdeutschen Wirtschaft hin. Wie das IWH bereits im Januar berichtet hat, haben sich die Geschäfts- und die Produktionserwartungen der Industrie aufgehellt. Laut Verbandsumfragen gehen insbesondere die Maschinen- und Anlagenbauer sowie die Hersteller von Elektrotechnik und Elektronik zuversichtlich ins Jahr 2015. Dagegen erwarten erneut weniger Bauunternehmen steigende Geschäfte im neuen Jahr. Die positiv gestimmten Unternehmer befinden sich aber immer noch in der Überzahl. Die Auftragsbücher im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind insgesamt gut gefüllt.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de), Franziska Exß (Franziska.Exss@iwh-halle.de)

Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe [IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 9 \(16\), 2003, 471 f.](#)

* Dieser Beitrag wurde bereits als [IWH-Pressemitteilung 9/2015](#) am 16. März 2015 veröffentlicht.

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur: Starkes Winterhalbjahr und weiter robuste Dynamik*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics**

An den Weltrohstoff- und -finanzmärkten gab es zuletzt erhebliche Verschiebungen. Vor allem hat sich der Ölpreis in US-Dollar gemessen seit dem Sommer fast halbiert. Die verschlechterten Aussichten für die energieexportabhängige russische Wirtschaft haben den Rubel in etwa dem gleichen Ausmaß abwerten lassen. Aber auch der Euro hat seit dem Sommer 2014 gegenüber dem US-Dollar über 15% an Wert verloren. An den Finanzmärkten wird erwartet, dass die US-Geldpolitik vorsichtig die Zinswende vollzieht, während die Europäische Zentralbank (EZB) erst jüngst mit umfangreichen Wertpapierkäufen begonnen hat.

Die internationale Konjunktur wird im Jahr 2015 von einer Reihe von Faktoren gestützt: Die Wirtschaftspolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften alles in allem expansiv, die Bedingungen von Seiten der Finanzmärkte sind günstig, und vom Ölpreisfall kommt per saldo ein positiver Impuls. All dies trifft in besonderem Maß auf den Euroraum zu. Die niedrigen Zinsen erleichtern die Tragbarkeit der öffentlichen Haushalte, und mittlerweile scheint der Fall der Zinsen auch die Bankkredite in den südlichen Mitgliedstaaten zu erreichen. Die real verfügbaren Einkommen steigen aufgrund gesunkener Energiekosten. Zudem ist die Beschäftigung im Euroraum im Jahr 2014 langsam wieder gestiegen. Schließlich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten im Euroraum durch die Schwäche der Währung verbessert. Dennoch dürfte die Erholung der Wirtschaft im Euroraum keine hohe Dynamik erreichen. Denn die Schuldenlasten von öffentlichem Sektor, Unternehmen und privaten Haushalten sind nach wie vor in vielen Ländern hoch. Zudem ist es der Wirtschaftspolitik in Italien und Frankreich noch nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum entscheidend zu verbessern. Auch weil die Erholung des Euroraums moderat bleiben wird, dürfte die weltwirtschaftliche Produktion im Jahr 2015 trotz der günstigen Rahmenbedingungen nur wenig an Schwung gewinnen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2015 und 2016

	2014	2015	2016
reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
private Konsumausgaben	1,2	2,3	1,6
Staatskonsum	1,1	1,5	1,1
Anlageinvestitionen	3,4	2,1	2,7
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,0
Bauten	3,6	1,6	2,1
sonstige Anlagen	1,2	1,6	2,0
Vorratsinvestitionen ^a	-0,4	-0,1	0,0
Inlandsverwendung	1,3	2,0	1,7
Außenbeitrag ^a	0,4	0,1	0,0
Exporte	3,9	5,6	4,0
Importe	3,4	6,2	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,0	1,6
nachrichtlich:			
Welthandel	3,5	4,6	4,6
USA	2,4	3,0	2,8
Euroraum	0,9	1,4	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen, geleistet	1,5	0,6	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,0	3,1	2,7
Effektivlöhne je Stunde	1,8	3,5	3,1
Lohnstückkosten ^b	1,6	2,0	1,7
Verbraucherpreisindex	0,9	0,3	1,2
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	42 652	42 927	43 093
Arbeitslose ^c	2 898	2 833	2 825
in %			
Arbeitslosenquote ^d	6,4	6,2	6,2
Arbeitslosenquote BA ^e	6,7	6,5	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	0,5	0,5
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,8	7,8

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2015: eigene Prognose (Stand: 12.03.2015).

* Dieser Beitrag wurde bereits als [IWH-Pressemitteilung 8/2015](#) am 12. März 2015 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Andrej Drygalla, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies (alle IWH), Peter Hennecke, Carsten-Patrick Meier (Kiel Economics).

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland zwei Jahre in Folge nahezu stagniert hatte, ist sie im Jahr 2014 wieder spürbar ausgeweitet worden. Die günstigere Konjunktur zeigte sich vor allem darin, dass die Unternehmen wieder in Ausrüstungen und Gewerbebauten investierten. Aber auch die Wohnungsbauinvestitionen wurden deutlich rascher ausgeweitet; zudem stiegen die privaten Konsumausgaben stärker. Für das erste Quartal 2015 sprechen die vorlaufenden Indikatoren dafür, dass der Produktionsanstieg kräftig bleiben wird; unter anderem wird die Bauproduktion aufgrund des milden Winters wohl deutlich zulegen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Expansionstempo dann zwar etwas abflachen – so lagen die Auftragseingänge in der Industrie im Januar unter ihrem Vorquartalsstand –, alles in allem bleibt aber vor allem die Dynamik der Binnennachfrage auch aufgrund der gesunkenen Energiekosten weiter hoch. Die Unternehmensinvestitionen, die ohnehin durch die sehr niedrigen Zinsen stimuliert werden, erhalten zusätzliche Impulse durch die steigenden Gewinne der Unternehmen, und die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden aufgrund steigender Realeinkommen rascher ausgeweitet. Die Perspektiven für den Export sind angesichts der spürbaren Abwertung des Euro ebenfalls günstiger.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2015 um 2,0% steigen, das 66%-Prognoseintervall reicht von 1,6% bis 2,5%. Nach einer Unterauslastung im Jahr 2014 wird sich die Produktionslücke Ende 2015 wohl schließen. Im Jahr 2016 nimmt das Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,6% zu, das 66%-Prognoseintervall reicht von 0,2% bis 3,1%. Die Produktionskapazitäten dürften dann etwas stärker als normal ausgelastet sein. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte zunächst noch sinken, auf 2,8 Millionen Personen im Jahr 2015, und im Jahr 2016 auf diesem Niveau verharren. Angesichts der stark gesunkenen Energiekosten werden die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wohl nur geringfügig steigen und danach mit 1,2% wieder etwas stärker zunehmen. Die öffentlichen Haushalte werden wie schon 2014 in beiden Jahren einen Überschuss ausweisen.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2015, insbesondere aufgrund höherer konsumtiver Staatsausgaben – etwa im Rahmen des Rentenpakets – expansiv ausgerichtet. Der finanzpolitische Impuls beläuft sich auf 0,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein.

Der jähe Ölpreisfall und die erheblichen Verschiebungen wichtiger Währungsrelationen bergen neben Chancen auch Risiken für die internationale und die deutsche Konjunktur. Wer von den Preisbewegungen stark negativ betroffen wird, mag nun Schwierigkeiten haben, seinen unter günstigeren Voraussetzungen eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Das betrifft vor allem Unternehmen des Energiesektors sowie öffentliche Haushalte von Ölförderländern. Auch die unsichere politische Lage in Griechenland ist ein Risikofaktor für die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland. Denn selbst wenn es zu einer Einigung zwischen Griechenland und der Eurogruppe über die Auszahlung der letzten Tranche des zweiten Hilfspakets im Laufe des ersten Halbjahres 2015 kommt, wird Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen ohne neue Hilfen nicht nachkommen können.

Ansprechpartner: [Oliver Holtemöller \(Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de\)](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

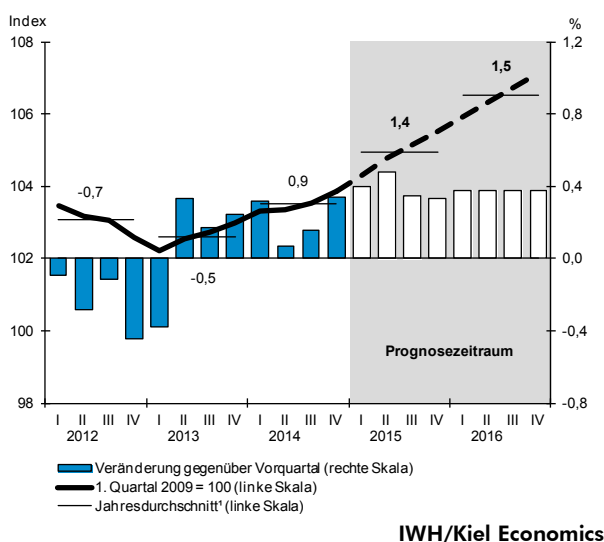
JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Internationale Konjunktur: Deutliche Verschiebungen an den Energie- und Währungsmärkten – zaghafte Erholung im Euroraum

Die internationale Konjunktur weist schon eine ganze Zeit lang ein hohes Gefälle zwischen den einzelnen Weltregionen auf. Freilich hat es sich zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuletzt ein wenig verringert: Ende 2014 schwächte sich der Aufschwung in den USA und in Großbritannien ein Stück weit ab, während die Produktion im Euroraum (vgl. Abbildung 1) und in Japan etwas zulegte. Von den Volkswirtschaften der großen Schwellenländer expandieren die in China und in Indien weiter deutlich, während Brasilien und Russland wohl in eine Rezession gerutscht sind.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2015: eigene Prognose.

Ölpreisfall und Währungsturbulenzen

Insgesamt dürfte die weltwirtschaftliche Produktion derzeit in ruhigem Tempo expandieren. Allerdings gab es auf den Rohstoff- und Finanzmärkten zuletzt drastische Verschiebungen. Vor allem war der Ölpreis von 110 US-Dollar pro Barrel (Sorte Brent) im Sommer

2014 auf unter 50 US-Dollar pro Barrel im Januar 2015 gefallen; Anfang März notiert er bei etwa 60 US-Dollar. Der Einbruch lässt Inflationsraten in Ländern, deren Währungen einen stabilen Außenwert haben, deutlich sinken – auf unter 1% für China und –0,1% für die USA (Januar) sowie –0,3% (Februar) für den Euroraum. In den Ölimportländern steigen dadurch die Realeinkommen der privaten Haushalte, und die Produktionskosten der Unternehmen fallen. Die Währungen der Ölexportländer, etwa Norwegens und Nigerias, haben vielfach deutlich nachgegeben. Der Wert des Rubels hat sich aufgrund der verschlechterten Aussichten für die energieexportabhängige russische Wirtschaft gegenüber dem US-Dollar seit dem Sommer 2014 halbiert.

Der Euro hat ebenfalls deutlich abgewertet. Seit Sommer 2014 hat die Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar über 15% an Wert verloren. Dahinter stehen gute Wirtschaftsaussichten in den USA und die Erwartung anhaltender Wachstumsschwäche mit mittelfristig sehr niedriger Preisdynamik im Euroraum. An den Finanzmärkten wird erwartet, dass die US-Geldpolitik nach Auslaufen der Wertpapierkäufe im Jahr 2014 vorsichtig die Zinswende vollzieht, während die Europäische Zentralbank (EZB) erst jüngst mit umfangreichen Wertpapierkäufen begonnen hat. Die Schweizerische Nationalbank gab Mitte Januar (kurz vor offizieller Ankündigung des Kaufprogramms durch die EZB) wohl aus Sorge um die Stabilität des Franken dessen Bindung an den Euro auf, worauf die Schweizer Währung um 15% an Wert gegenüber dem Euro gewann.

Günstige Rahmenbedingungen: weltweit und besonders für eine Erholung im Euro- raum

Die Erwartung lang anhaltender Wertpapierkäufe durch die EZB und einer sehr niedrigen Preisdynamik im Euroraum lässt Renditen eines weiten Spektrums von Euroraum-Wertpapieren höchster Bonität unter null sinken (vgl. Kasten 1). Negativ sind zurzeit die Renditen für deutsche Staatstitel mit Laufzeiten unter sechs Jahren und für französische Staatstitel unter vier Jahren. Auch darüber hinaus sind die Kapitalmarktrenditen außerordentlich niedrig. Die expansive

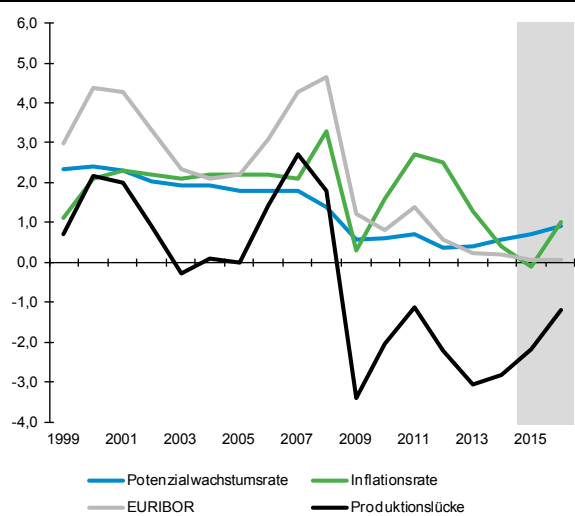
Kasten 1:

Expansionsgrad der Geldpolitik zunehmend ausgereizt

Die EZB beschloss im Januar ein erweitertes Ankaufprogramm für Wertpapiere. Insbesondere der Aufkauf von Staatsanleihen soll hierbei im Vordergrund stehen. Zehnjährige Anleihen von Staaten im Euroraum mit bester Bonität rentieren derzeit bei nur noch 0,5%. Mit dem Programm reagierte die EZB auf die Abwärtsrisiken für die Preisstabilität (vgl. Abbildung 2). Sowohl die marktbasierten als auch die umfragebasierten Inflationserwartungen zeigten ein so bisher noch nie beobachtetes Abrutschen bzw. Verfestigen der Inflationserwartungen auf niedrigem Niveau an. Der im Nachklang der EZB-Entscheidung festzustellende Anstieg der marktbasierten Erwartungen legt nahe, dass die Marktteilnehmer auf die Wirksamkeit der von der EZB initiierten Maßnahmen vertrauen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 2:

Indikatoren für die Geldpolitik im Euroraum

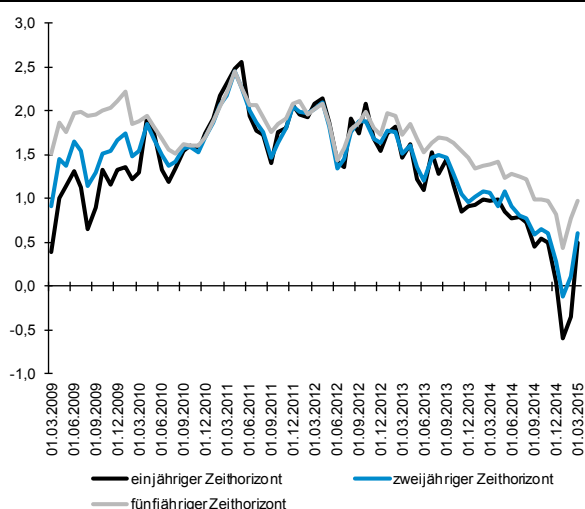


IWH/Kiel Economics

Quellen: Europäische Zentralbank; Ameco; European Banking Federation; ab 2015: eigene Prognose.

Abbildung 3:

Marktbasierte Inflationserwartungen



IWH/Kiel Economics

Quelle: Thomson Reuters.

Der Zins der Einlagenfazilität ist mit $-0,2\%$ weiterhin negativ. Für unbesichertes Tagesgeld (EONIA) sind seit Oktober 2014 mehrheitlich negative Raten zu beobachten. Unbesichertes Dreimonatsgeld (EURIBOR) rentiert geringfügig über dem Leitzins der EZB von derzeit $0,05\%$.

Die Zuwachsrate der Geldmenge M3 hat zuletzt angezogen. Dies geht mit einem Anstieg der Buchkredite sowohl an den Privatsektor als auch an den öffentlichen Sektor einher. Kredite an Haushalte im Euroraum lagen zuletzt um $0,9\%$ höher als im Vorjahreszeitraum, nachdem sie seit Ende 2012 durchgehend mit weniger als $0,5\%$ zugelegt hatten. Auch bei den Unternehmenskrediten gibt es eine steigende Tendenz. Zwar fällt deren Veränderung wie schon seit Juni 2012 weiterhin negativ aus, aber die Abnahme war mit $-0,9\%$ im Januar so gering wie seit August 2012 nicht mehr.

Die Kreditzinsen im Euroraum sind in allen Bereichen rückläufig. So fielen die Zinsen für neu aufgenommene Konsumentenkredite auf ein historisch niedriges Niveau von $6,6\%$. Auch Kredite für den Wohnungsbau haben sich noch einmal verbilligt und liegen nun bei $2,9\%$. Besonders auffallend ist zudem der seit Mai 2014 zu beobachtende Rückgang der Zinsen für Kredite an nicht-finanzielle Unternehmen. Derzeit betragen diese nur noch $2,2\%$. Dies dürfte auch an den zielgerichteten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (targeted longer-term refinancing operations [TLTROs]) liegen. Es ist zu erwarten, dass die günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte im Prognosezeitraum fortauern werden. Tendenziell ist mit einer weiteren Ausweitung der Kreditvergabe im Euroraum zu rechnen. Dafür spricht, dass die Banken im Rahmen des Bank Lending Survey seit Mitte des Jahres 2014 eine anhaltende Zunahme bei der Nachfrage nach Krediten berichten und dies auch für die Zukunft erwarten.

Die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen sind auch auf den Kapitalmärkten zu beobachten. Die Umsatzrenditen erreichen sowohl bei AAA- als auch bei BBB-klassifizierten Unternehmen historische Tiefstände. Während dies bei jenen Unternehmen mit höchster Bonität die Umkehr eines zuvor steigenden Trends widerspiegelt, folgen die Umsatzrenditen von Unternehmen mit mittlerer Bonität seit Juni 2013 einem fallenden Trend. Hier lässt sich ein weiteres Abklingen der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise feststellen.

Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum weiterhin ausgeprägt günstig, und die Unterschiede zwischen den Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern und den stabilen Ländern dürften sich im Prognosezeitraum (mit Ausnahme Griechenlands) tendenziell verringern. Ein deutliches Anziehen der Inflationsrate ist jedoch nicht allzu schnell zu erwarten, etwa weil die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit den Anstieg der Lohnkosten dämpfen dürfte und die Energiepreise weiterhin niedrig ausfallen.

Geldpolitik schlägt sich auch auf den Aktienmärkten nieder; vielerorts steigen die Kurse.

Während die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2015 weiter expansiv bleibt, ist die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet. Lediglich in Großbritannien wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt. Die japanische Regierung möchte hingegen die ursprünglich für Oktober 2015 geplante zweite Stufe der Mehrwertsteuererhöhung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. In den USA ist der Konsolidierungsdruck gesunken, weil sich die Haushaltslage wesentlich entspannt hat, insbesondere in den Gemeinden und den Bundesstaaten. Auch im Euroraum ist die Finanzpolitik im Jahr 2015 und wohl auch 2016 in etwa neutral ausgerichtet. So hat die Europäische Kommission Anfang dieses Jahres eine neue Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts veröffentlicht,¹ durch die der vom Pakt ausgehende Konsolidierungsdruck für Länder mit übermäßigen Defiziten oder Schuldenständen erheblich gemindert wird.

Die internationale Konjunktur wird im Jahr 2015 also von einer Reihe von Faktoren gestützt: Die Wirtschaftspolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften alles in allem expansiv, die Bedingungen von Seiten der Finanzmärkte sind günstig, und vom Ölpreisfall kommt per saldo ein positiver Impuls.²

¹ Vgl. *Communication from the Commission, the European Central Bank, the Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank: Making the Best Use of the Flexibility within the Existing Rules of the Stability and Growth Pact.* <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52015DC0012>.

² Der Effekt dürfte per saldo positiv sein, schon weil der Ölpreisfall zu einer Umverteilung von Einkommen von Ölproduzenten zu ölimportierenden Volkswirtschaften führt und in letzteren ein größerer Teil des Volkseinkommens für Konsum oder Investitionen verausgabt wird, als dies bei

All dies trifft in besonderem Maß auf den Euroraum zu: Die niedrigen Zinsen erleichtern die Tragbarkeit der öffentlichen Haushalte gerade in hochverschuldeten Ländern wie Italien; und mittlerweile scheint der Fall der Zinsen auch die Bankkredite in den südlichen Mitgliedstaaten zu erreichen. Der deutliche Anstieg des privaten Konsums im Schlussquartal 2014 geht aber wohl vor allem auf die Zunahme des real verfügbaren Einkommens aufgrund gesunkener Energiekosten zurück. Zudem ist auch die Beschäftigung im Euroraum im Verlauf des Jahres 2014 langsam wieder gestiegen. Schließlich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten im Euroraum durch die Schwäche der Währung verbessert. Dennoch dürfte die Erholung der Wirtschaft im Euroraum keine hohe Dynamik erreichen. Denn die Schuldenlasten von öffentlichem Sektor, Unternehmen und privaten Haushalten sind nach wie vor in vielen Ländern hoch. Zudem ist es der Wirtschaftspolitik in den großen Mitgliedstaaten Italien und Frankreich noch nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum entscheidend zu verbessern.

Moderate Weltkonjunktur im Jahr 2015

Auch weil die Erholung des Euroraums moderat bleiben wird, dürfte die weltwirtschaftliche Produktion im Jahr 2015 trotz der oben angesprochenen günstigen Rahmenbedingungen nur wenig an Schwung gewinnen (vgl. Tabellen 1, 2 und 3). Dazu kommt, dass sich die Wachstumsdynamik in China, der nach den USA größten Volkswirtschaft, wohl recht deutlich verlang-

Ölproduzenten der Fall ist. Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (1), 2015, 9-11.

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Europa	33,0	1,3	1,1	1,6	1,6	1,7	1,9	-	-	-
EU 28	26,7	1,3	1,7	1,7	0,6	0,1	1,1	10,2	9,6	9,4
Schweiz	1,0	2,0	0,0	0,5	0,0	-1,3	-0,1	4,5	4,2	4,0
Norwegen	0,8	2,2	1,0	1,7	2,0	2,0	2,0	3,5	3,7	3,5
Türkei	1,3	2,8	3,0	3,5	8,9	6,1	5,7	-	-	-
Russland	3,2	0,6	-3,8	0,0	7,8	14,0	7,0	-	-	-
Amerika	36,2	2,1	2,6	2,7	-	-	-	-	-	-
USA	25,7	2,4	3,0	2,8	1,6	-0,1	2,3	6,2	5,6	5,2
Kanada	2,8	2,5	2,2	2,4	1,9	0,8	2,0	6,9	6,7	6,7
Lateinamerika ^a	7,7	0,8	1,2	2,5	-	-	-	-	-	-
Asien	30,8	4,7	4,8	4,7	-	-	-	-	-	-
Japan	7,5	0,0	1,1	1,4	2,7	0,9	1,2	3,6	3,4	3,4
China ohne Hongkong	14,1	7,4	6,8	6,3	-	-	-	-	-	-
Südkorea	1,9	3,4	3,2	3,3	1,2	1,5	2,3	3,5	3,4	3,4
Indien	2,9	5,9	6,4	6,6	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China ^b	4,4	4,0	4,6	4,7	-	-	-	-	-	-
insgesamt^c	100,0	2,6	2,8	2,9	-	-	-	-	-	-
fortgeschrittene Volkswirtschaften^d	68,0	1,7	2,2	2,2	1,2	0,7	1,7	7,5	7,0	6,8
Schwellenländer ^e	32,0	4,5	4,1	4,6	-	-	-	-	-	-
<i>nachrichtlich:</i>										
exportgewichtet ^f	100,0	2,0	2,0	2,3	-	-	-	-	-	-
nach dem Messkonzept des IWF ^g	100,0	3,5	3,6	3,8	-	-	-	-	-	-
Welthandel	-	3,5	4,6	4,6	-	-	-	-	-	-

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. – ^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. – ^d EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2013. – ^g Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, September 2014).

Quellen: IWF; OECD; Eurostat; ab 2015: eigene Prognose.

samen wird, denn das Land hat mit einer sich verschärfenden Immobilienkrise zu kämpfen. In den USA dürfte sich der Aufschwung dagegen fortsetzen. Alles in allem wird nach der vorliegenden Prognose die Produktion im Jahr 2015 weltweit um 2,8% und damit etwas rascher als im Jahr 2014 zulegen.³ Im

Jahr 2016 beträgt die Zuwachsrate dann 2,9%. Der Welthandel dürfte in den Jahren 2015 und 2016 um jeweils 4,6% expandieren.

Konzept des Internationalen Währungsfonds (IWF), der einen weiteren Länderkreis berücksichtigt und die Zuwachsraten der Länder mit Kaufkraftparitäten gewichtet, entspricht die vorliegende Prognose einer weltwirtschaftlichen Zuwachsrate von 3,5% im Jahr 2014, 3,6% im Jahr 2015 und 3,8% im Jahr 2016. Vgl. zu den unterschiedlichen Messkonzepten etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch, Herbst 2012*. Kiel 2012, 9.

³ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 in US-Dollar gewichtet wurden. Nach dem

Tabelle 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
 2014 bis 2016

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt^a Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise^b			Arbeitslosenquote^c in %		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Deutschland	20,9	1,6	2,0	1,6	0,8	0,2	1,2	5,0	4,7	4,7
Frankreich	15,7	0,4	0,8	1,3	0,6	0,0	0,8	10,2	10,1	9,8
Italien	11,9	-0,4	0,5	0,9	0,2	-0,4	0,6	12,7	12,3	12,1
Spanien	7,8	1,4	2,4	2,4	-0,2	-1,0	1,0	24,5	23,0	22,2
Niederlande	4,6	0,8	1,3	1,4	0,3	0,2	0,8	7,4	7,1	6,8
Belgien	2,9	1,0	1,0	1,1	0,5	0,0	1,0	8,5	8,4	8,3
Österreich	2,4	0,3	1,0	1,2	1,5	0,8	1,4	5,0	4,8	4,7
Finnland	1,5	-0,1	0,6	1,2	1,2	0,5	1,2	8,7	8,7	8,5
Griechenland	1,4	0,7	0,0	1,5	-1,4	-0,5	0,6	26,5	26	25
Portugal	1,3	0,8	1,5	1,6	-0,2	0,1	1,0	14,1	13,0	12,8
Irland	1,3	4,9	3,4	3,3	0,3	0,3	1,2	11,3	9,6	9,2
Slowakei	0,5	2,2	2,3	2,5	-0,1	0,2	1,2	13,2	12,2	11,7
Luxemburg	0,3	3,0	2,4	2,6	0,7	0,6	1,7	6,0	5,9	5,9
Litauen	0,3	2,9	2,6	3,0	0,2	0,4	1,6	10,7	9,5	9,2
Slowenien	0,3	2,6	1,8	2,0	0,4	-0,3	0,8	9,8	9,4	9,1
Lettland	0,2	2,4	2,5	3,2	0,7	0,9	1,7	10,8	10,4	10,2
Zypern	0,1	-2,2	0,2	1,2	-0,3	0,7	1,2	16,1	15,8	15,0
Estland	0,1	1,4	2,3	2,8	0,5	0,4	1,1	7,4	6,2	6,0
Malta	0,1	3,2	3,3	3,0	0,8	1,0	1,7	5,9	5,9	5,9
Euroraum insgesamt	73,5	0,9	1,4	1,5	0,4	-0,1	0,9	11,6	11,1	10,8
Euroraum ohne Deutschland	52,3	0,6	1,1	1,4	0,3	-0,2	0,8	14,0	13,4	13,0
Großbritannien	14,6	2,6	2,4	2,3	1,5	0,6	1,6	6,2	5,4	5,2
Schweden	3,2	2,3	2,5	2,5	0,2	0,4	1,3	7,9	7,8	7,8
Polen	3,0	3,3	3,1	3,2	0,1	-0,1	1,5	9,0	7,8	7,5
Dänemark	1,9	1,0	1,6	1,8	0,3	0,4	1,6	6,6	5,9	5,6
Tschechien	1,1	2,0	2,0	2,2	0,4	0,8	1,4	6,1	5,8	5,6
Rumänien	1,1	2,9	2,9	2,8	1,4	1,2	2,5	6,8	6,4	6,3
Ungarn	0,8	3,3	2,5	2,0	0,0	0,8	2,8	7,7	7,2	7,1
Kroatien	0,3	-0,5	0,2	1,0	0,2	-0,3	1,0	17,0	15,8	15,4
Bulgarien	0,3	1,7	1,5	1,7	-1,6	-0,5	1,0	11,6	10,3	10,0
MOE-Länder ^d	8,0	2,7	2,5	2,6	0,3	0,3	1,7	8,8	8,0	7,8
EU 28 ^e	100,0	1,3	1,7	1,7	0,6	0,1	1,1	10,2	9,6	9,4

^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. –
^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland. – ^e Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2013.

Quellen: IWF; ab 2015: eigene Prognose.

Tabelle 3:

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euro-
raum**

	2014	2015	2016
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,4	1,5
privater Konsum	1,0	1,5	1,5
öffentlicher Konsum	0,7	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	1,6	2,8
inländische Verwendung	0,8	1,4	1,5
Exporte ^a	3,7	4,2	4,2
Importe ^a	3,8	4,5	4,4
Außenbeitrag ^b	0,1	0,0	0,0
Verbraucherpreise ^c	0,4	-0,1	0,9
Lohnstückkosten ^d	1,0	1,1	1,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Budgetsaldo ^e	-2,5	-2,2	-2,1
Leistungsbilanzsaldo	2,7	3,0	2,8
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ^f	11,6	11,1	10,8

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat, ab 2015: eigene Prognose.

Risiken

Der jähe Ölpreisfall und die erheblichen Verschiebungen wichtiger Währungsrelationen bergen neben Chancen auch Risiken für die internationale und die deutsche Konjunktur. Wer von den Preisbewegungen stark negativ betroffen wird, mag nun Schwierigkeiten haben, seinen unter günstigeren Voraussetzungen eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Das betrifft vor allem Unternehmen des Energiesektors sowie öffentliche Haushalte von Ölförderländern. Allerdings verfügen die meisten bedeutenden Energieproduzenten, etwa Russland, über ein Polster an Nettoauslandsaktiva, welches die Risiken zwar nicht verschwinden lässt, aber doch mindert.

Für Russland kommt zur Aussicht auf eine vor allem ölpreisbedingte Rezession noch das Risiko einer erneuten Verschärfung des Konflikts des Landes

mit dem Westen hinzu. Schon wegen der gegenseitigen Abhängigkeit aufgrund der Energielieferungen bleibt die Wirtschaft der Europäischen Union auf ein Mindestmaß an Stabilität der wirtschaftlichen Lage in Russland angewiesen.

Auch die unsichere politische Lage in Griechenland ist ein Risikofaktor für die Konjunktur im Euro-
raum und in Deutschland. Denn selbst wenn es zu einer Einigung zwischen Griechenland und der Eurogruppe über die Auszahlung der letzten Tranche des zweiten Hilfspakets im Laufe des ersten Halbjahres 2015 kommt, wird Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen ohne neue Hilfen nicht nachkommen können. So werden schon im Juli Staatsanleihen im Volumen von knapp 3,5 Mrd. Euro zur Rückzahlung fällig. Falls es zu keiner Einigung über ein Anschlussprogramm käme, wäre ein Zahlungsausfall Griechenlands wahrscheinlich und sogar ein Austritt des Landes aus der Währungsunion denkbar. In diesem Fall wäre mit einer neuerlichen tiefen Rezession in Griechenland und einer deutlich abgeschwächten Erholung im Rest des Euroraums zu rechnen.

Kräftiger Jahresauftakt in Deutschland

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland zwei Jahre in Folge nahezu stagniert hatte, ist sie im Jahr 2014 wieder spürbar ausgeweitet worden. Das Bruttoinlandsprodukt nahm mit 1,6% et-
was schneller als das Produktionspotenzial zu. Die günstigere Konjunktur zeigte sich vor allem darin, dass die Unternehmen wieder in Ausrüstungen und Gewerbebauten investierten. Aber auch die Wohnungsbauinvestitionen wurden deutlich rascher ausgeweitet; zudem stiegen die privaten Konsumausgaben stärker.

Im Jahresverlauf schwankte das Tempo des Produktionsanstiegs dabei allerdings spürbar. Einem kräftigen ersten Quartal folgte im Sommerhalbjahr eine neuerliche Stagnation. Diese dürfte auch durch außenwirtschaftliche Einflüsse ausgelöst worden sein, worauf die spürbare Verschlechterung der Exporterwartungen in diesem Zeitraum hindeutet. Im Schlussquartal nahm das Bruttoinlandsprodukt dann wieder merklich zu.

Kasten 2:

Annahmen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen bezüglich des internationalen Umfelds zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2015 bei 62 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2016 bei 67 US-Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Prognosezeitraums bei 1,10 US-Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die aufgrund der Abwertung des Euro seit Frühjahr 2014 gestiegen ist, verschlechtert sich ein wenig, denn die Lohnkosten steigen hierzulande etwas stärker als im übrigen Euroraum. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2015 bei 0,05% und steigt auch im Jahr 2016 nicht nennenswert.

Für das erste Quartal 2015 sprechen die vorlaufenden Indikatoren dafür, dass der Produktionsanstieg kräftig bleiben wird. So lag die Industrieproduktion im Januar um 0,9% über dem Stand im letzten Jahresviertel 2014. Deutlich dürfte auch die Bauproduktion aufgrund des milden Winterwetters zulegen. Das Geschäftsklima hat sich seit Oktober merklich verbessert, insbesondere die Erwartungskomponente. Alles in allem wird die Produktion im ersten Quartal 2015

wohl um 0,6% über dem Vorquartal liegen (vgl. Tabelle 4).

Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Expansions-tempo wieder etwas abflachen; die Auftragseingänge lagen in der Industrie im Januar unter ihrem Vorquartalsstand. Alles in allem bleibt die Dynamik der Binnennachfrage aber im Gefolge der gesunkenen Energiekosten wohl weiter hoch (vgl. Tabelle 5). Die Unternehmensinvestitionen, die ohnehin durch die sehr niedrigen Zinsen stimuliert werden, erhalten zusätzliche Impulse durch die steigenden Gewinne der Unternehmen, und die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden aufgrund steigender Realeinkommen rascher ausgeweitet. Die Perspektiven für den Export sind angesichts der auch wegen des niedrigeren Ölpreises etwas stärkeren Weltkonjunktur und der spürbaren Abwertung des Euro (vgl. Kasten 2) ebenfalls günstiger – auch wenn der Preisverfall am Rohölmarkt die Nachfrage der Ölförderländer nach Gütern und Dienstleistungen aus Deutschland dämpft.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 um 2,0% steigen (vgl. Tabelle 6, Abbildung 4). Nach einer Unterauslastung im Jahr 2014 wird sich die Produktionslücke Ende 2015 wohl schließen (vgl. Abbildung 5). Im Jahr 2016 nimmt

Tabelle 4:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,6	0,0	0,8	0,8	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,1	0,6	0,6	0,2	0,5	0,4	0,1	0,1	0,4	0,3	0,3	0,1
Ausrüstungen	2,0	0,6	-1,4	0,4	0,8	0,9	1,2	1,2	0,9	0,8	0,7	0,7
Bauten	4,5	-3,7	-1,5	2,1	1,7	-1,4	0,4	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7
sonstige Anlagen	0,8	0,1	0,2	0,2	0,4	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3
Vorratsinvestitionen ^b	-0,2	0,2	-0,6	-0,2	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,9	-0,1	-0,4	0,5	0,9	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Außenbeitrag ^b	-0,1	0,0	0,4	0,2	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	-0,4	1,0	2,0	1,3	1,0	1,2	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Importe	-0,3	1,2	1,3	1,0	1,8	1,5	1,4	1,3	1,0	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,8	-0,1	0,1	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2015: eigene Prognose.

das Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,6% zu; die Produktionskapazitäten dürften dann etwas stärker als normal ausgelastet sein.⁴ Die Zahl der Arbeitslosen dürfte zunächst noch sinken, auf 2,8 Millionen Per-

Tabelle 5:

Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a

in Prozentpunkten

	2014	2015	2016
Konsumausgaben	0,9	1,5	1,1
private Konsumausgaben	0,7	1,3	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,4	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,3
Bauten	0,4	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,4	-0,1	0,0
inländische Verwendung	1,2	1,9	1,6
Außenbeitrag	0,4	0,1	0,0
Exporte	1,8	2,6	1,8
Importe	-1,3	-2,4	-1,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,0	1,6

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015: eigene Prognose.

Tabelle 6:

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2014	2015	2016
statistischer Überhang ^a	0,7	0,5	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	1,5	1,8	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,6	1,8	1,5
Kalendereffekt ^c	0,0	0,2	0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,6	2,0	1,6

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. –

^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. –

^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015: eigene Prognose.

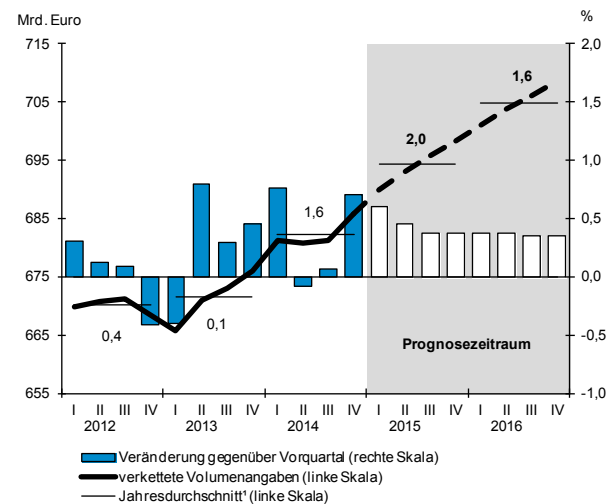
⁴ Für das Jahr 2015 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,6% bis 2,5% und für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,1%.

sonen im Jahr 2015, und im Jahr 2016 auf diesem Niveau verharren. Angesichts der stark gesunkenen Energiekosten werden die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wohl nur geringfügig steigen und danach mit 1,2% etwas stärker zunehmen. Die öffentlichen Haushalte werden wie schon 2014 in beiden Jahren einen Überschuss ausweisen.

Abbildung 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



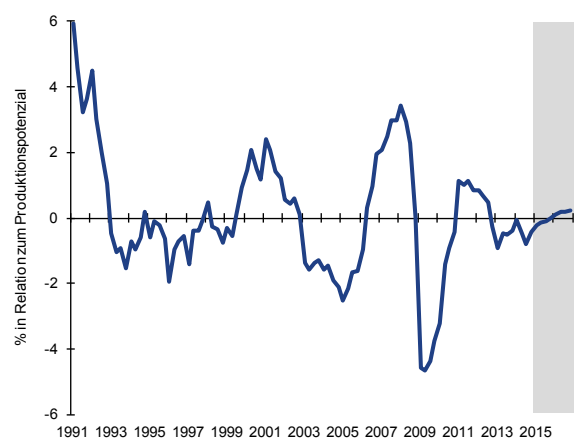
IWH/Kiel Economics

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2015: eigene Prognose.

Abbildung 5:

Produktionslücke in Deutschland



IWH/Kiel Economics

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2015: eigene Prognose.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin sehr günstig. Sowohl die Zinsen auf den Kreditmärkten als auch die Umlaufrenditen auf den Kapitalmärkten liegen zum Jahresende 2015 auf einem fast durchgehend historisch niedrigen Niveau. Einzig die Zinsen für neu begebene Kredite an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften haben sich zu Jahresende geringfügig erhöht. Die Kreditvolumina folgen einem seit Ende 2010 zu beobachtenden Aufwärtstrend, wobei zuletzt der Anstieg bei Unternehmenskrediten etwas schwächer als jener bei den Krediten an private Haushalte ausfiel. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey der Deutschen Bundesbank auch künftig nur moderate Zuwächse der Kreditnachfrage. Die Kreditzinsen dürften im Prognosezeitraum tendenziell auf dem derzeitigen Niveau verharren.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2015, insbesondere aufgrund höherer konsumtiver Staatsausgaben – etwa im Rahmen des Rentenpakets – nochmals expansiv ausgerichtet. Der finanzpolitische Impuls beläuft sich auf 0,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2016 schwenkt die Finanzpolitik auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein (vgl. Tabelle 7).

Arbeitsmarkt in insgesamt guter Verfassung

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im vierten Quartal 2014 um 84 000 Personen weiter kräftig zu. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau durch die Zunahme von abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm sogar um 138 000 Personen zu. Gemessen am Beschäftigungsaufbau sank die registrierte Arbeitslosigkeit erneut unterproportional. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass das Erwerbspersonenpotenzial infolge der Nettozuwanderung sowie der höheren Erwerbsbeteiligung zunimmt. Der durch die demographische Entwicklung sowie die abschlagsfreie Rente ab 63 bedingte Rückgang des Arbeitsangebots wird dadurch gegenwärtig mehr als kompensiert. Hinzu kommt, dass die Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geförderten Personen weiter sinkt. Die

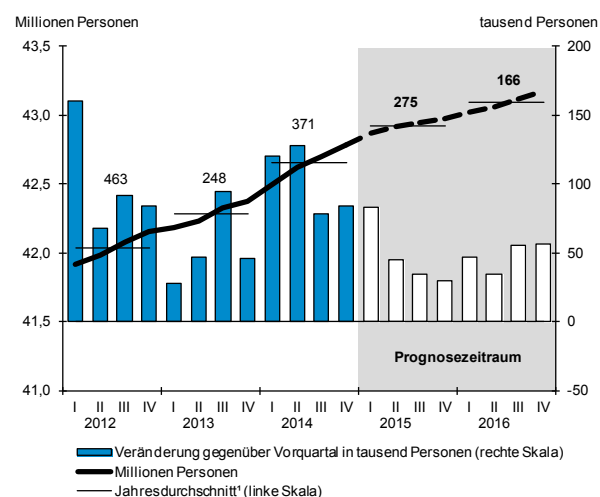
günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich zu Beginn des Jahres 2015 fortgesetzt. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen – wohl auch begünstigt durch die milde Witterung – erneut kräftig an, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging saisonbereinigt weiter zurück.

Im Gefolge der kräftigen Produktionszunahme wird die Zahl der Erwerbstätigen auch im weiteren Verlauf des Jahres 2015 erheblich zulegen (vgl. Abbildung 6). Darauf weist die große Zahl an offenen Stellen hin. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Beschäftigung um 0,6% steigen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse dürfte auch weiterhin überproportional zunehmen. Allerdings wird der Beschäftigungsaufbau durch die Einführung des flächendeckenden allgemeinen Mindestlohns abgebremst werden, sodass die Beschäftigungszunahme geringer ausfallen dürfte als im Jahr 2014. Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Jahr 2016 infolge der Produktionszunahme fortsetzen.

Abbildung 6:

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



IWH/Kiel Economics

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2015: eigene Prognose.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Durchschnitt des Jahres 2015 spürbar zurückgehen. Entscheidend dafür ist die günstige Entwicklung zu Beginn des Jahres 2015. Im weiteren Verlauf des Jahres

Tabelle 7:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2014

	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	-1,1	-2,2
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	-0,2	-0,2
Jahressteuergesetz 2015	-0,1	-0,1
Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	-0,1	-0,1
Anhebung der Tabaksteuer	0,1	0,1
Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetz	0,2	0,2
Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	0,1	0,2
schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,1	0,2
Einsparungen im Haushaltsvollzug	0,3	0,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%	3,4	3,5
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7%	-2,2	-2,3
Senkung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2015 auf durchschnittlich 0,8% und Erhöhung zum 1. Januar 2016 auf durchschnittlich 0,9%	-1,1	0,0
Erstes Pflegestärkungsgesetz	-2,4	-2,4
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,7	-0,9
Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	-4,9	-5,2
Betreuungsgeld	-0,4	-0,5
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes		-0,1
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen des Bundes	-0,6	-1,0
Beseitigung von Flutschäden	-0,5	0,0
insgesamt^b	-10,1	-10,3
geplante Maßnahmen		
weitere Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer	-1,6	-3,6
Einführung einer Pkw-Maut und Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer		0,7
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen		-2,0
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	-0,3	-0,4
Wohngelderhöhung		-0,8
Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention		-0,3
insgesamt^b	-12,1	-16,6
insgesamt gegenüber 2014 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,4	-0,5
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,4	-0,1

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ^b Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

werden dann die Wirkungen der Mindestlohneinführung auch bei der Arbeitslosigkeit – insbesondere in Ostdeutschland – zu beobachten sein. Zudem dürfte das Erwerbspersonenpotenzial weniger stark zunehmen als in den Vorjahren. Im Jahr 2016 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in etwa auf dem Stand des Vorjahres bleiben. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte sowohl im Jahr 2015 als auch im Jahr darauf 6,2% betragen.

Die Tariflöhne stiegen im Jahr 2014 vor allem aufgrund von Nachzahlungen bei einzelnen neu abgeschlossenen Tarifverträgen (Einzelhandel) kräftig an; die Zunahme der vereinbarten regelmäßig gezahlten tariflichen Grundvergütungen lag wesentlich niedriger. Auch wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Tarifvereinbarungen abgeschlossen, um von den vom Gesetzgeber ermöglichten Übergangsregelungen bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns Gebrauch zu machen. Ferner dürfte der Mindestlohn auch Steigerungen bei höheren Lohngruppen bewirken. Dies und der nach wie vor sehr robuste Arbeitsmarkt dürften wohl dazu führen, dass die Tariflöhne im Jahr 2015 etwas stärker als zuvor steigen werden; im Jahr danach dürfte die Dynamik etwas sinken.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten stiegen im Jahr 2014 um 2,7%, die Stundenlöhne legten aufgrund der kräftigen Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden, die zum großen Teil auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben wurden, weniger stark zu. Da gleichzeitig auch die Beschäftigung zunahm, gab es insgesamt einen kräftigen Anstieg der gezahlten Bruttolöhne und -gehälter. Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 werden insbesondere die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich steigen. Allerdings werden die Lohnzuwächse durch Ausnutzung möglicher Gestaltungsspielräume wohl teilweise konterkariert.⁵ Insgesamt dürften die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr etwas kräftiger steigen als im Vorjahr und im nächsten Jahr etwas an Dynamik einbüßen.

⁵ Beispielsweise wurden Tarifverträge in mehreren Branchen abgeschlossen, die eine zeitliche Anpassung an den gesetzlichen Mindestlohn vorsehen. Auch werden häufig Leistungsentgelte oder Sonderzahlungen in reguläre Lohnbestandteile umgewandelt, die dann als Mindestlohnbestandteile gelten.

Außenhandel: Erholung im Euroraum und Euroschwäche stützen deutschen Export

Sowohl die Exporte als auch die Importe legen seit dem Sommer 2014 recht kräftig zu; diese Entwicklung dürfte sich auch 2015 fortsetzen. Die Ausfuhren werden von der durch die Abwertung des Euro verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit stimuliert. Impulse dürften zudem von der leichten Erholung im Euroraum kommen. Von den niedrigen Ölpreisen dürften indes per saldo kaum stimulierende Effekte auf die deutschen Exporte zu erwarten sein (vgl. Kasten 3). Die Importe werden im Prognosezeitraum aufgrund der konjunkturellen Dynamik in Deutschland wohl stärker anziehen als die Exporte. Insgesamt dürften die Wachstumsbeiträge des Außenhandels im Verlauf des Prognosezeitraums leicht negativ bzw. neutral sein.

Bedingt durch den starken Rückgang des Ölpreises sinken die Importpreise im Prognosezeitraum stärker als die leicht rückläufigen Exportpreise. In Konsequenz dürften sich die *terms of trade* verbessern, insbesondere im Jahr 2015.

Investitionen ziehen an

Die Anlageinvestitionen haben nach der Schwäche im Sommerhalbjahr 2014 zuletzt wieder Boden gutmachen können. Kräftig haben bei mildem Winterwetter vor allem die Investitionen in Wohnbauten und in die öffentliche Infrastruktur zugelegt. Die Unternehmen haben sich dagegen bei den Investitionen in den Maschinenpark zunächst noch zurückgehalten. Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionskonjunktur an Fahrt gewinnen. Die Stimmungsindikatoren in der gewerblichen Wirtschaft haben sich deutlich verbessert, die Umsätze für Investitionsgüter im Inland beginnen sich von der Stagnationsphase zu lösen, die Gewinne steigen, und die Zinsen sind niedrig. Angesichts der immer wieder neu aufflammenden geopolitischen Unsicherheiten fehlt es den Unternehmensinvestitionen allerdings am aktuellen Rand noch an Breite. So deuten die Auftragseingänge⁶ vorerst nur

⁶ Hier ohne den sonstigen Fahrzeugbau, der aufgrund seiner längeren Abarbeitungszeiten die kurzfristige Nachfrage verfälschen würde. Der in den Auftragseingängen enthal-

auf zunehmende Investitionen in Geräte und Kraftfahrzeuge hin, während bei Maschinen und auch Wirtschaftsbauten weiterhin Vorsicht vorherrschend ist. Auch im späteren Verlauf dürfte das Investitionstempo bei Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten vor dem Hintergrund der nur mäßigen Weltkonjunktur eher moderat ausfallen. Eine feste Stütze der Konjunktur bleibt bei äußerst günstigen Rahmenbedingungen der Wohnungsbau. Sowohl die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe als auch die Baugenehmigungen deuten auf einen robusten Wohnungsneubau hin, was vor allem von wieder zunehmenden Impulsen aus dem Ein- und Zweifamilienhausbau herrührt. Das Engagement von Wohnungsunternehmen und Fondsanlegern im Mehrfamilienhausbau wird sich wohl auf dem erreichten hohen Niveau halten. Vom Ausbau und von der Modernisierung des Wohnungsbestands sind ebenfalls Anregungen zu erwarten, wenngleich diese aufgrund der Mietpreisbremse wohl etwas gedämpft werden. Im öffentlichen Bau sind die Auftragsbestände nach einer äußerst regen Bautätigkeit zum Jahresende 2014 und bei kaum nachfließenden Neuaufträgen kräftig abgeschmolzen. Dies dürfte eine Atempause in der ersten Hälfte dieses Jahres nach sich ziehen. Danach dürften die öffentlichen Bauinvestitionen, insbesondere auch aufgrund der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, aber wieder zulegen.

Privater Konsum profitiert von niedrigen Energiepreisen

Die privaten Haushalte weiteten im zweiten Halbjahr 2014 ihre Käufe kräftig aus. Insbesondere im Einzelhandel und im Kraftfahrzeughandel stiegen die Umsätze stark an. Dies wird sich wohl auch im Jahr 2015 fortsetzen. Darauf deuten Konsumindikatoren wie der Einzelhandelsumsatz, das GfK-Konsumklima und die Arbeitsmarktzahlen hin. Zudem wurden die monetären Sozialtransfers durch zusätzliche Rentenleistun-

tene Kraftfahrzeugbau enthält freilich auch privat genutzte Fahrzeuge. Da die von gewerblichen Nutzern zugelassenen Nutzfahrzeuge zuletzt ebenfalls deutlich gestiegen sind, ist davon auszugehen, dass die ansteigenden Investitionen in Fahrzeuge in der Tendenz auch ein Ansteigen der Investitionen der Unternehmen in dieser Gütergruppe abbilden.

gen erhöht. Nicht zuletzt begünstigt die sehr geringe Inflation die reale Einkommensentwicklung, sodass die privaten Haushalte ihren Verbrauch im Prognosezeitraum kräftig ausweiten können.

Die Verbraucherpreise stiegen zuletzt nur sehr wenig. Insbesondere der Rückgang des Erdölpreises führte zu kräftigen Preisrückgängen bei Mineralölprodukten. Demgegenüber nahmen die Preise in einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie beispielsweise bei den Friseurdienstleistungen, bei der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen stärker zu. Hier ist auch im Jahr 2015 mit weiteren Preisanhebungen zu rechnen, da diese Bereiche besonders von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns betroffen sind. Insgesamt wird die Inflation im Jahr 2015 aufgrund des wohl weiterhin niedrigen Erdölpreises nochmals geringer sein als im Jahr zuvor. Im Jahr 2016 dürften die Verbraucherpreise dann wieder langsam anziehen.

Öffentliche Finanzen: weiterhin Haushaltsüberschüsse

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2015 leicht zurückgehen. So werden die öffentlichen Einnahmen etwas langsamer zunehmen als im Vorjahr. Zwar legen bei deutlich expandierenden Bruttolöhnen und -gehältern Steuern und Sozialbeiträge erneut spürbar zu. Bei ersteren wirken jedoch verfassungsrechtlich gebotene Steuerentlastungen einnahmehindernd.⁷ Die Vermögenseinkommen des Staates entwickeln sich im laufenden Jahr sogar rückläufig, da der Bundesbankgewinn etwas geringer ausfallen dürfte als im Vorjahr und das weitere Abschmelzen der Bad-Bank-Portfolios die Zinseinnahmen des Staates reduziert. Die Ausgaben des Staates legen dagegen beschleunigt zu. Zwar werden sich die Zinsausgaben erneut rückläufig entwickeln. Aber die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2015 aufgrund der Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der geplanten Erhöhung des Kindergelds deutlich stärker steigen als im Vorjahr. Auch

⁷ Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer.

Kasten 3:

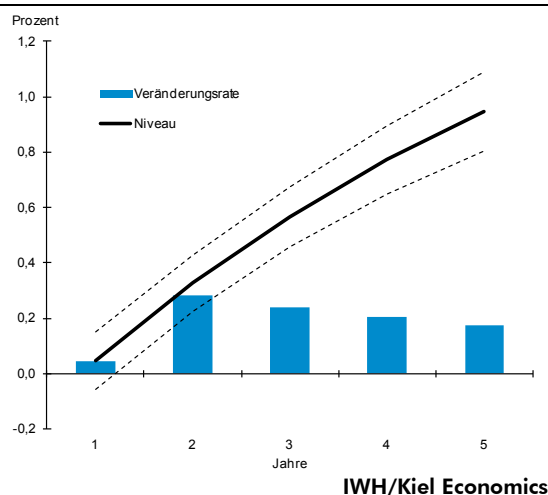
Stimuliert der Ölpreisverfall den deutschen Export?

Der Weltmarktpreis für Rohöl hat sich seit Sommer 2014 etwa halbiert. Die deutsche Konjunktur wird dadurch direkt angeregt, denn Verbraucher und Unternehmen sehen sich deutlich niedrigeren Energiepreisen gegenüber, was deren Realeinkommen steigert und dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert. Da diese Effekte in anderen Ländern, die wie Deutschland mehr Erdöl importieren als exportieren, ähnlich sind, ergeben sich darüber hinaus tendenziell Anregungen für den deutschen Export. Diesen stehen allerdings dämpfende Effekte dadurch gegenüber, dass die Ölförderländer ihre Einfuhren aus Deutschland verringern. Vorzeichen und Ausmaß des Gesamteffekts sollen im Folgenden abgeschätzt werden.

Schätzungen zufolge regt ein dauerhafter Ölpreistrückgang die Konjunktur in den Abnehmerländern deutscher Exporte zunächst nur geringfügig an. Im D*-Modell von Kiel Economics steigt die Industrieproduktion dort im ersten Jahr nach einem Rückgang des Ölpreises um 10% um weniger als 0,1%; statistisch ist die Zunahme nicht von null zu unterscheiden (vgl. Abbildung 7). Ab dem zweiten Jahr stimuliert der Preisverfall dann allerdings merklich, um nach fünf Jahren ein Niveau von knapp 1% zu erreichen.^a

Abbildung 7:

Wirkungen eines Ölpreistrückgangs um 10% auf die Industrieproduktion¹ in den Abnehmerländern deutscher Exporte

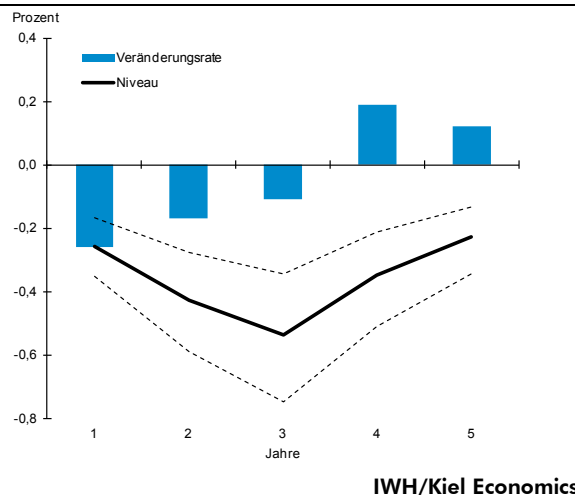


¹ Industrieproduktion in den Abnehmerländern berechnet als gewogenes Mittel der Industrieproduktion in 40 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. Abweichung von der Basislösung in %. Gestrichelte Linien geben das 95%-Konfidenzband an.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Abbildung 8:

Direkte Wirkungen eines Ölpreistrückgangs um 10% auf das Exportvolumen¹ (ohne Effekt über die Auslandskonjunktur)



¹ Abweichung von der Basislösung in %. Gestrichelte Linien geben das 95%-Konfidenzband an.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Konjunkturstimulierend wirkt der Ölpreistrückgang allerdings nur in Volkswirtschaften, die mehr Rohöl importieren als sie exportieren bzw. selbst fördern und verbrauchen. Die Ölförderländer müssen hingegen deutliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Dies dürfte sich negativ auf die deutschen Exporte auswirken, die in den zurückliegenden Jahren regelmäßig vom „Recycling der Petrodollars“ profitiert haben. Tatsächlich war der Saldo der deutschen Handelsbilanz mit den Ölförderländern seit 1993 bis auf ein Jahr stets positiv, und dies mit steigender Tendenz. Für ein Nettoölimportland ist dies überraschend, und es deckt sich auch nicht mit den Erfahrungen anderer Nettoölimportländer; immerhin weisen die meisten Ölimportländer seit Jahren eine negative Handelsbilanz mit den Ölförderländern auf. Offenbar werden die deutschen Einkommensverluste durch höhere Importpreise für Rohöl dadurch, dass die Ölförderländer im Rahmen des Petrodollar-Recyclings mehr Güter und Dienstleistungen aus Deutschland bestellen, mehr als kompensiert.^b

Dieser Effekt wirkt nun in die Gegenrichtung. Eine Schätzung auf der Basis von Daten für den Zeitraum von 1993 bis Mitte 2014 ergibt, dass die deutschen Exporte in die Ölförderländer bei einem einprozentigen Rückgang der

Importnachfrage dieser Länder langfristig um reichlich 0,8% sinken (vgl. Tabelle 8). Der Effekt ist dabei deutlich stärker als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Dies dürfte damit zu tun haben, dass die Ölförderländer in Deutschland vor allem hochwertige Automobile und Investitionsgüter kaufen – Produkte, deren Nachfrage sehr elastisch auf Veränderungen der Absatz- und Einkommensperspektiven reagiert.^c Unter der Annahme, dass 60% der Öleinnahmen recycelt werden,^d und unter Berücksichtigung der Anteile an den Gesamtausfuhren, hat der durch einen Ölpreisverfall von 10% ausgelöste sechszehnstellige Rückgang der Importe in den Ölförderländern einen negativen Effekt von 0,3% auf die deutschen Exporte.

Tabelle 8

Handelsbeziehungen der G7-Länder mit den Ölförderländern^a

	geschätzter Reaktionskoeffizient ^b	Anteil an der Einfuhr der Ölförderländer ^c	Anteil der Ausfuhr in die Ölförderländer ^d
Deutschland	0,84	6,89	6,82
Frankreich	0,64	3,65	7,65
Großbritannien	0,48	2,78	6,87
Italien	0,64	3,72	9,08
Japan	0,32	3,65	5,26
Kanada	0,89	0,93	2,42
USA	0,71	8,97	7,20

^a Länderabgrenzung gemäß Definition des Internationalen Währungsfonds. – ^b Langfristiger Zusammenhang zwischen Warenimporten der Ölförderländer und Exporten der G7-Länder in die Ölförderländer über den Zeitraum von 1993 bis Mitte 2014. – ^c Anteil der Importe aus den G7-Ländern an den Gesamtimporten der Ölförderländer im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013. – ^d Anteil der Exporte in die Ölförderländer an den Gesamtexporten der G7-Länder im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013.

Quellen: IMF Direction of Trade Statistics; IMF International Financial Statistics; eigene Berechnungen.

Zu ähnlichen Ergebnissen führen auch Schätzungen mit dem D*-Modell. In diesem wird das Petrodollar-Recycling dadurch berücksichtigt, dass der (reale) Rohölpreis in Euro als zusätzliches Argument in die Funktion eingeht, die die realen Exporte beschreibt. Dabei zeigt sich, dass ein Ölpreistrückgang den Export signifikant dämpft, allerdings nur temporär; der Effekt kehrt sich nach drei Jahren wieder um, langfristig ist er null (vgl. Abbildung 8). Seine Größenordnung entspricht dabei in etwa der Wirkung von Ölpreisänderungen auf die Industrieproduktion in den Abnehmerländern.

Alles in allem bedeuten diese Schätzergebnisse, dass im laufenden und im kommenden Jahr nicht mit nennenswerten expansiven Wirkungen des Ölpreistrückgangs auf den deutschen Export gerechnet werden sollte. Die anregenden Effekte, die der Ölpreistrückgang auf die Konjunktur in den Abnehmerländern deutscher Exporte haben wird, dürften sich in etwa mit dem dämpfenden Effekten aus dem negativen Petrodollar-Recycling saldieren, wobei im laufenden Jahr die negativen Effekte sogar etwas überwiegen könnten.

Nicht berücksichtigt ist hierbei, dass der Ölpreistrückgang einherging mit einer starken Aufwertung des US-Dollar, gerade gegenüber dem Euro. Nimmt man die daraus resultierende Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit in den Blick, dürften die anregenden Effekte auf den deutschen Export selbst im laufenden Jahr bereits überwiegen.

^a Die Größenordnung der Ergebnisse entspricht denen, die die Deutsche Bundesbank mit Hilfe des NiGEM-Weltmodells ermittelt hat. Gewichtet man die dort geschätzten Effekte auf wichtige Länder mit den Anteilen dieser Länder am deutschen Export und unterstellt, dass die dort für den Fall eines Ölpreisanstiegs ermittelten Ergebnisse in gleicher Weise für einen Ölpreistrückgang gelten, so ist als Reaktion auf einen dauerhaften Ölpreistrückgang um 10% das Bruttoinlandsprodukt in den Abnehmerländern deutscher Exporte im ersten Jahr um 0,2%, im dritten Jahr um reichlich 0,5% und nach fünf Jahren um knapp 0,7% höher. Vgl. *Deutsche Bundesbank: Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern. Monatsbericht Juni 2012*, 29-53. – ^b Vgl. Boss, A. et al.: Deutschland: Leichte Rezession absehbar, insbesondere Kasten 3, <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/archiv/2008>. – ^c Vgl. hierzu *Task Force of the Monetary Policy Committee of the European System of Central Banks: Energy Markets and the Euro Area Macroeconomy. EZB Occasional Paper Nr. 113*, insbesondere Kasten 4 (45 ff.). Frankfurt am Main 2010. – ^d Vgl. z. B. *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Direkte und indirekte Rückwirkungen eines höheren Erdölpreises auf die deutschen Ausfuhren – eine ökonometrische Untersuchung. Wirtschaftsanalysen Nr. 5* (2005).

die öffentlichen Investitionen werden kräftiger expandieren als in den Vorjahren, in denen rückläufige Ausrüstungsinvestitionen des Staates den Zuwachs dämpften. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2015 auf 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, nach 0,6% im Vorjahr.

Im Jahr 2016 wird sich bei den öffentlichen Einnahmen die Dynamik weiter verlangsamen. Aufgrund einer dann wieder etwas geringeren konjunkturellen Dynamik und erneut steigender Freibeträge werden die Steuereinnahmen verhaltener zulegen. Allerdings werden auch die Ausgaben des Staates etwas langsamer expandieren. So wird der Anstieg der monetären Sozialleistungen geringer ausfallen als im Vorjahr. Zwar dürften die Renten aufgrund der hohen Einkommenszuwächse deutlich steigen, und die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nehmen mit der nahezu

stagnierenden Zahl der Arbeitslosen wieder zu. Jedoch ist der ausgabenerhöhende Effekt der Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgelaufen. Die Umsetzung des neuen EU-Eigenmittelbeschlusses im Jahr 2016 dürfte mit geringeren Abführungen Deutschlands an die Union einhergehen, in deren Folge die sonstigen laufenden Transfers kaum mehr steigen. Auch die sozialen Sachleistungen expandieren etwas schwächer als im Vorjahr. Die öffentlichen Investitionen dürften jedoch vor dem Hintergrund der guten Kassenlage der Gebietskörperschaften, dem weiteren Anlaufen der investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie weiterer Mehrausgaben des Bundes für investive Maßnahmen beschleunigt zunehmen. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss liegt im Jahr 2016 wohl bei 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Hauptaggregate der Sektoren

in Mrd. Euro

	2014					2015					2016				
	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 611,8	1 751,1	286,2	574,5	-	2 705,2	1 819,4	294,2	591,6	-	2 784,6	1 875,3	301,9	607,4	-
2 – Abschreibungen	512,1	294,2	65,3	152,6	-	523,5	298,7	67,6	157,2	-	535,3	302,8	70,0	162,5	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 099,6	1 456,9	220,9	421,8	-189,4	2 181,6	1 520,7	226,6	434,4	-207,6	2 249,2	1 572,5	231,9	444,8	-210,0
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 478,8	1 049,6	223,9	205,3	12,0	1 541,9	1 097,5	229,8	214,6	12,0	1 594,0	1 136,4	235,4	222,2	11,8
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,2	10,8	0,1	8,4	-	20,8	11,6	0,1	9,1	-	21,0	11,7	0,1	9,2	-
6 + Empfängerne sonstige Subventionen	25,0	23,2	0,3	1,5	-	25,4	23,6	0,3	1,5	-	25,6	23,8	0,3	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	626,6	419,7	-2,8	209,6	-201,5	644,4	435,2	-3,0	212,2	-219,5	659,9	448,2	-3,3	214,9	-221,9
8 + Empfängerne Arbeitnehmerentgelte	1 491,1	-	-	1 481,1	9,7	1 544,4	-	-	1 544,4	9,5	1 596,5	-	-	1 596,5	9,4
9 – Geleistete Subventionen	26,5	-	26,5	-	5,3	26,8	-	26,8	-	5,4	27,0	-	27,0	-	5,4
10 + Empfängerne Produktions- und Importabgaben	313,6	-	313,6	-	4,4	322,3	-	322,3	-	4,6	329,3	-	329,3	-	4,7
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	757,5	672,7	50,6	34,2	183,7	778,5	696,3	47,5	34,6	181,5	797,9	716,3	46,5	35,1	180,7
12 + Empfängerne Vermögenseinkommen	822,8	390,5	23,5	408,8	118,5	846,0	410,1	22,2	413,7	113,9	867,6	426,1	22,2	419,3	111,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 460,0	1 37,5	257,3	2 065,3	-257,8	2 551,8	149,0	267,2	2 135,6	-278,4	2 628,3	158,0	274,7	2 195,6	-282,8
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	339,0	71,1	-	267,9	8,2	352,6	70,9	-	281,8	8,9	364,3	72,3	-	292,0	9,8
15 + Empfängerne Einkommen- und Vermögensteuern	346,8	-	346,8	-	0,4	361,2	-	361,2	-	0,3	373,7	-	373,7	-	0,3
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge ²	598,8	-	-	598,8	3,2	621,2	-	-	621,2	3,3	643,3	-	-	643,3	3,3
17 + Empfängerne Nettosozialbeiträge ²	599,6	117,2	481,6	0,7	2,4	622,1	120,8	500,5	0,7	2,4	644,2	124,0	519,5	0,7	2,4
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	511,1	58,1	452,2	0,7	0,4	531,1	58,1	472,2	0,7	0,4	547,9	58,1	489,1	0,7	0,4
19 + Empfängerne monetäre Sozialleistungen	504,8	-	-	504,8	6,7	524,7	-	-	524,7	6,8	541,5	-	-	541,5	6,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	284,9	149,0	64,1	71,8	43,8	286,4	145,9	66,8	73,7	44,3	285,5	142,8	67,2	75,6	42,1
21 + Empfängerne sonstige laufende Transfers	244,3	135,5	18,4	90,5	84,3	244,4	134,1	18,6	91,7	86,3	243,8	131,7	18,9	93,3	83,7
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 421,8	112,0	587,7	1 722,2	-219,6	2 513,0	129,1	608,5	1 775,4	-239,5	2 590,5	140,5	630,5	1 819,5	-245,0
23 – Konsumausgaben	2 166,2	-	561,5	1 604,7	-	2 232,8	-	583,7	1 649,0	-	2 295,0	-	604,9	1 690,1	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,2	-	48,2	-	-	-49,2	-	49,2	-	-	-49,7	-	49,7	-
25 = Sparen	255,7	63,8	26,3	165,6	-219,6	280,2	79,9	24,8	175,5	-239,5	295,5	90,9	25,6	179,0	-245,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers	32,4	3,0	22,4	7,0	3,8	32,2	2,9	22,8	6,6	3,5	32,5	2,7	23,2	6,5	3,5
27 + Empfängerne Vermögenstransfers	32,1	14,1	10,6	7,4	4,1	31,9	14,5	10,2	7,2	3,7	32,2	15,0	10,2	7,0	3,8
28 – Bruttoinvestitionen	548,2	307,0	63,1	178,1	-	564,3	316,0	65,1	183,1	-	585,8	329,4	68,6	187,8	-
29 + Abschreibungen	512,1	294,2	65,3	152,6	-	523,5	298,7	67,6	157,2	-	535,3	302,8	70,0	162,5	-
30 – Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-2,3	-1,8	-1,4	0,9	2,3	-2,5	-2,0	-1,4	0,9	2,5	-2,7	-2,2	-1,4	0,9	2,7
31 = Finanzierungssaldo	221,7	63,9	18,0	139,7	-221,7	241,7	76,3	16,1	149,3	-241,7	247,4	78,8	15,3	153,4	-247,4
nachrichtlich:	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32 – Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 421,8	112,0	587,7	1 722,2	-219,6	2 513,0	129,1	608,5	1 775,4	-239,5	2 590,5	140,5	630,5	1 819,5	-245,0
33 – Geleistete soziale Sachtransfers	363,1	-	363,1	-	-	337,7	-	337,7	-	-	368,0	-	368,0	-	-
34 + Empfängerne soziale Sachtransfers	363,1	-	-	363,1	-	337,7	-	-	337,7	-	368,0	-	-	368,0	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 421,8	112,0	224,6	2 085,3	-219,6	2 513,0	129,1	270,9	2 113,1	-239,5	2 590,5	140,5	262,6	2 187,4	-245,0
36 – Konsum ³	2 166,2	-	198,3	1 967,8	-	2 232,8	-	246,1	1 986,7	-	2 295,0	-	236,9	2 058,1	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,2	-	48,2	-	-	-49,2	-	49,2	-	-	-49,7	-	49,7	-
38 = Sparen	255,7	63,8	26,3	165,6	-219,6	280,2	79,9	24,8	175,5	-239,5	295,5	90,9	25,6	179,0	-245,0

¹ Für den Sektor übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt. – ² Für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2015 und 2016: eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,9	0,6	0,4	0,8	0,5	0,4	0,4
Arbeitsvolumen	1,5	0,6	0,3	0,6	0,7	0,5	0,0
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,6	0,0	- 0,1	- 0,2	0,1	0,2	- 0,4
Produktivität ¹	0,1	1,4	1,4	1,1	1,7	1,5	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	2,0	1,6	1,6	2,4	2,1	1,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 166,2	2 232,8	2 295,0	1 087,8	1 145,0	1 121,9	1 173,1
Private Haushalte ²	1 604,7	1 649,0	1 690,1	803,6	845,4	827,5	862,7
Staat	561,5	583,7	604,9	284,1	299,6	294,5	310,4
Anlageinvestitionen	581,0	599,4	622,1	284,9	314,5	298,0	324,1
Ausrüstungen	185,6	192,0	200,7	89,8	102,2	95,1	105,6
Bauten	293,4	301,5	311,4	143,8	157,7	149,5	161,9
Sonstige Anlageinvestitionen	102,1	105,9	110,0	51,3	54,6	53,4	56,6
Vorratsveränderung ³	- 32,8	- 35,2	- 36,3	- 8,3	- 26,9	- 8,2	- 28,1
Inländische Verwendung	2 714,4	2 797,0	2 880,8	1 364,4	1 432,6	1 411,8	1 469,0
Außenbeitrag	189,4	207,6	210,0	109,0	98,6	110,8	99,2
Exporte	1 326,2	1 395,5	1 449,7	685,0	710,5	715,9	733,8
Importe	1 136,7	1 188,0	1 239,6	576,1	611,9	605,1	634,5
Bruttoinlandsprodukt	2 903,8	3 004,6	3 090,8	1 473,4	1 531,2	1 522,6	1 568,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,5	3,1	2,8	3,2	3,0	3,1	2,5
Private Haushalte ²	2,1	2,8	2,5	2,8	2,7	3,0	2,0
Staat	3,7	4,0	3,6	4,2	3,7	3,6	3,6
Anlageinvestitionen	4,5	3,2	3,8	1,7	4,6	4,6	3,0
Ausrüstungen	4,3	3,5	4,5	1,2	5,5	5,9	3,3
Bauten	5,1	2,8	3,3	1,3	4,1	3,9	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,8	3,8	3,5	4,1	4,1	3,6
Inländische Verwendung	2,6	3,0	3,0	2,3	3,7	3,5	2,5
Exporte	3,6	5,2	3,9	5,7	4,8	4,5	3,3
Importe	1,8	4,5	4,4	4,0	5,0	5,0	3,7
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,5	2,9	3,2	3,7	3,3	2,4
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	6,5	6,9	6,8	7,4	6,4	7,3	6,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 030,9	2 073,1	2 103,0	1 015,3	1 057,8	1 033,5	1 069,6
Private Haushalte ²	1 518,1	1 552,8	1 577,1	757,6	795,2	773,2	803,9
Staat	512,8	520,4	526,2	257,6	262,8	260,3	265,9
Anlageinvestitionen	545,3	556,6	571,5	264,6	292,0	273,8	297,7
Ausrüstungen	182,9	188,4	195,9	87,7	100,6	92,5	103,4
Bauten	267,6	272,0	277,6	129,9	142,1	133,4	144,2
Sonstige Anlageinvestitionen	94,7	96,2	98,1	46,8	49,4	47,8	50,3
Inländische Verwendung	2 541,0	2 592,7	2 636,7	1 272,1	1 320,6	1 299,6	1 337,1
Exporte	1 276,5	1 348,1	1 401,6	660,2	688,0	692,2	709,4
Importe	1 091,8	1 159,5	1 212,5	560,2	599,4	591,2	621,3
Bruttoinlandsprodukt	2 724,7	2 779,9	2 824,8	1 371,3	1 408,6	1 399,7	1 425,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,2	2,1	1,4	2,2	2,0	1,8	1,1
Private Haushalte ²	1,2	2,3	1,6	2,3	2,3	2,1	1,1
Staat	1,1	1,5	1,1	1,8	1,2	1,0	1,2
Anlageinvestitionen	3,4	2,1	2,7	0,5	3,5	3,5	1,9
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,0	0,8	5,0	5,4	2,8
Bauten	3,6	1,6	2,1	0,0	3,1	2,7	1,5
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	1,6	2,0	1,2	2,0	2,3	1,7
Inländische Verwendung	1,3	2,0	1,7	1,3	2,8	2,2	1,2
Exporte	3,9	5,6	4,0	5,7	5,5	4,8	3,1
Importe	3,4	6,2	4,6	5,6	6,8	5,5	3,7
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,0	1,6	1,6	2,4	2,1	1,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,9	0,5	0,9	0,5	0,5	0,9	0,9
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,5	2,5	2,4	2,5	2,6	2,4
Anlageinvestitionen	1,1	1,1	1,1	1,2	1,0	1,1	1,1
Ausrüstungen	0,0	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Bauten	1,5	1,1	1,2	1,3	1,0	1,2	1,2
Exporte	- 0,2	- 0,4	- 0,1	0,0	- 0,7	- 0,3	0,2
Importe	- 1,5	- 1,6	- 0,2	- 1,5	- 1,7	- 0,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,4	1,2	1,6	1,3	1,2	1,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) in Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 065,3	2 135,6	2 195,6	1 047,3	1 088,3	1 081,2	1 114,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	270,9	283,0	292,5	137,2	145,7	142,3	150,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 210,2	1 261,4	1 303,9	602,3	659,1	624,4	679,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	584,2	591,2	599,1	307,8	283,5	314,4	284,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	394,8	416,2	432,7	191,4	224,9	201,7	231,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 460,0	2 551,8	2 628,3	1 238,6	1 313,2	1 282,8	1 345,4
Abschreibungen	512,1	523,5	535,3	260,6	263,0	266,4	268,9
Bruttonationaleinkommen	2 972,2	3 075,4	3 163,6	1 499,2	1 576,2	1 549,2	1 614,3
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 172,9	2 256,3	2 326,0	1 091,7	1 164,7	1 132,5	1 193,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	691,9	712,0	729,5	352,2	359,8	365,8	363,7
Arbeitnehmerentgelt	1 481,1	1 544,4	1 596,5	739,5	804,9	766,7	829,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	3,4	2,8	3,4	3,4	3,2	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,1	4,5	3,4	4,6	4,4	3,7	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	4,2	3,4	4,3	4,1	3,7	3,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	3,5	2,9	3,4	3,5	3,2	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	1,2	1,3	1,0	1,4	2,2	0,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,3	5,4	4,0	3,8	6,9	5,4	2,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	3,7	3,0	3,4	4,0	3,6	2,5
Abschreibungen	2,0	2,2	2,3	2,2	2,3	2,3	2,3
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,5	2,9	3,2	3,7	3,3	2,4
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,5	3,8	3,1	3,4	4,2	3,7	2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,0	2,9	2,5	1,5	4,3	3,9	1,1
Arbeitnehmerentgelt	3,7	4,3	3,4	4,4	4,2	3,7	3,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) in Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1 214,2	1 262,4	1 299,7	609,6	652,8	627,8	671,9
Nettolöhne und -gehälter	804,6	836,8	860,7	395,8	441,1	408,4	452,3
Monetäre Sozialleistungen	504,8	524,7	541,5	263,2	261,5	270,4	271,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,3	99,2	102,5	49,4	49,8	51,0	51,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	584,2	591,2	599,1	307,8	283,5	314,4	284,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 76,2	- 78,2	- 79,3	- 38,0	- 40,2	- 38,6	- 40,7
Verfügbares Einkommen	1 722,2	1 775,4	1 819,5	879,4	896,0	903,6	915,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,2	49,2	49,7	24,3	24,9	24,6	25,1
Konsumausgaben	1 604,7	1 649,0	1 690,1	803,6	845,4	827,5	862,7
Sparen	165,6	175,5	179,0	100,0	75,5	100,7	78,3
Sparquote (%) ⁶	9,4	9,6	9,6	11,1	8,2	10,9	8,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,3	4,0	3,0	4,3	3,6	3,0	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,5	4,0	2,8	4,1	3,9	3,2	2,5
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,9	3,2	4,8	3,1	2,7	3,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,7	4,1	3,3	4,6	3,6	3,2	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	1,2	1,3	1,0	1,4	2,2	0,4
Verfügbares Einkommen	2,4	3,1	2,5	3,2	3,0	2,8	2,2
Konsumausgaben	2,1	2,8	2,5	2,8	2,7	3,0	2,0
Sparen	5,5	6,0	2,0	6,5	5,3	0,7	3,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) in Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	660,4	683,6	703,1	340,8	342,8	350,9	352,2
Nettosozialbeiträge	481,6	500,5	519,5	243,0	257,5	252,5	266,9
Vermögenseinkommen	23,5	22,2	22,2	13,8	8,5	13,7	8,5
Sonstige Transfers	18,4	18,6	18,9	8,9	9,7	9,1	9,8
Vermögenstransfers	10,6	10,2	10,2	4,8	5,4	4,8	5,4
Verkäufe	99,0	102,3	106,0	48,3	54,0	50,1	55,9
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
insgesamt	1 293,8	1 337,7	1 380,0	659,8	678,0	681,2	698,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	374,3	391,9	409,1	189,6	202,3	197,7	211,3
Arbeitnehmerentgelt	223,9	229,8	235,4	110,4	119,4	113,3	122,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	50,6	47,5	46,5	24,7	22,8	24,1	22,5
Subventionen	26,5	26,8	27,0	13,1	13,8	13,1	13,9
Monetäre Sozialleistungen	452,2	472,2	489,1	237,0	235,2	244,3	244,8
Sonstige laufende Transfers	64,1	66,8	67,2	37,4	29,4	37,7	29,5
Vermögenstransfers	22,4	22,8	23,2	9,0	13,8	9,1	14,1
Bruttoinvestitionen	63,1	65,1	68,6	28,3	36,9	29,5	39,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,8
insgesamt	1 275,8	1 321,7	1 364,7	648,8	672,9	668,2	696,4
Finanzierungssaldo	18,0	16,1	15,3	11,0	5,1	12,9	2,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,5	3,5	2,9	3,8	3,2	3,0	2,7
Nettosozialbeiträge	3,5	3,9	3,8	4,0	3,9	3,9	3,7
Vermögenseinkommen	10,3	- 5,3	- 0,4	- 8,1	- 0,3	- 0,7	0,2
Sonstige Transfers	- 0,5	1,4	1,5	1,3	1,5	1,6	1,4
Vermögenstransfers	2,1	- 3,6	- 0,4	- 3,8	- 3,4	- 0,5	- 0,4
Verkäufe	3,4	3,3	3,6	3,5	3,2	3,7	3,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3,6	3,4	3,2	3,5	3,3	3,2	3,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,4	4,7	4,4	5,1	4,3	4,3	4,5
Arbeitnehmerentgelt	2,9	2,7	2,4	2,7	2,7	2,6	2,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 10,2	- 6,0	- 2,1	- 6,5	- 5,4	- 2,5	- 1,7
Subventionen	7,4	1,2	0,7	1,2	1,2	0,7	0,7
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,4	3,6	5,3	3,5	3,1	4,1
Sonstige laufende Transfers	3,3	4,2	0,5	3,9	4,7	0,8	0,2
Vermögenstransfers	- 9,7	1,5	2,0	2,5	0,9	1,0	2,7
Bruttoinvestitionen	0,5	3,2	5,3	0,3	5,6	4,6	5,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,5	3,6	3,3	3,9	3,3	3,0	3,5
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	0,5	0,5	0,7	0,3	0,8	0,2

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2015: eigene Prognose.

Impressum

Herausgeber:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Redaktion: Stefanie Müller, M.A.
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 720/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:
Einzelheft: 5,00 Euro
Jahresbezug: 18,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:
Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, 39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Konjunktur aktuell, 3. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. März 2015

ISSN 2195-8300 (Print)
ISSN 2195-8319 (Online)

Titelbild:
© max5128 – Fotolia.com